

S/Pr'in/DSm/1.SPR/STR Döflinger (STR Kubiak) 12/61/40/30/10.1

Ratsherr Mark Proch, NPD
Postfach 2326
24519 Neumünster

0390/2013/A4

Die Stadtpräsidentin
Neues Rathaus
Großflecken 59
24534 Neumünster

, den 05.09.17

Antrag zur Ratsversammlung

E. 7.9.17
7.09.17
7.9.17

Betreff: Mahnmal für die Opfer von Ausländergewalt

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 26.09.17

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Stadt wird aufgefordert, mögliche Standorte für ein Mahnmal zum Gedenken an Opfer von Ausländergewalt zu prüfen und eine entsprechende Gedenkstätte errichten zu lassen. Gestaltungsvorschläge und entstehende Kosten sind vorher mit der Ratsversammlung abzustimmen.

Begründung:

Viele Gedenkstätten in Neumünster erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus. In Einfeld gibt es z.B. eine Gedenkstelle für die Opfer eines Todesmarsches von Häftlingen, die im April 1945 von Altona nach Kiel getrieben wurden. Jetzt soll auf Anregung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) eine weitere Tafel zu diesem Thema auch in Wittorferfeld an zwei Tote dieses Marsches erinnern.

Es mag richtig sein, an diese Opfer zu erinnern, es muß jedoch die Frage erlaubt sein, ob es nicht inzwischen ausreichend Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus gibt, nach dem auch der Ehrenhain in den 80er Jahren in Friedenshain umbenannt und dort eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus errichtet wurde.

Seit der Wiedervereinigung wurden etwa 7.500 Deutsche von (meist muslimischen) Einwanderern ermordet. Und 3 Millionen Deutsche waren Opfer gewalttätiger Übergriffe durch Einwanderer. Im vergangenen Jahr gab es in Schleswig-Holstein laut Kriminalstatistik 75 Tatverdächtige von „Straftaten gegen das Leben“, also versuchte oder vollendete Tötungsdelikte. Davon hatten 28 eine ausländische Herkunft, darunter allein 17 Asylanten/Flüchtlinge. Die Quote beträgt damit 37,3 Prozent. Erschreckende Zahlen!

Den Opfern dieser kriminellen Ausländer und ihren Hinterbliebenen sind wir es schuldig, eine entsprechende Gedenkstätte zu errichten. Es darf nicht sein, daß dieses Thema einzig auf ideologischen Gründen verdrängt wird.

Ratsherr Mark Proch (NPD)

